

# Was den Wähler erwartet

## Eine Analyse der Wahlprogramme ergibt: Die Energiewende-Experten sind immer noch die Grünen

**Alle Parteien haben sich in ihren Wahlprogrammen zur Energiepolitik geäußert. »Sichere, bezahlbare und saubere Energie« will die Union, eine »100 Prozent sichere Energie« wollen die Grünen, »sichere und bezahlbare Energie« die SPD, die FDP »bezahlbare und sichere Energie«. Und alle, auch die FDP, wollen die Energiewende zum Erfolg führen. Zumindest behaupten sie das. Wege und Ziele unterscheiden sich jedoch gewaltig.**

Alle Parteien sind für die Energiewende, alle finden erneuerbare Energien gut. Selbst die FDP will in ihrem Wahlprogramm die Energiewende »zu einem Erfolg machen«. Es ist gar von einer »beschleunigten Energiewende« die Rede (siehe die detaillierte Analyse der Wahlprogramme ab Seite 12).

Natürlich wird kaum ein energiepolitisch interessierter Beobachter ernsthaft glauben, die Liberalen gehörten plötzlich zu den Befürwortern eines Umstiegs auf erneuerbare Energien. Schließlich nimmt die Parteiführung in diesem Punkt kein Blatt vor den Mund. »Jeden Tag kommen neue Solaranlagen dazu, die wieder für 20 Jahre eine Förderung erhalten, die Schieflage verstärken und Strom teurer machen«, sagte FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle Ende Juli dem »Tagesspiegel« und sprach sich zum wiederholten Male für einen Ausbaustopp für Solarstromanlagen in Deutschland aus. In einem kurz zuvor erschienenen Gastbeitrag für die »FAZ« forderten sowohl Brüderle als auch Parteichef Philipp Rösler ein Moratorium für den Ausbau erneuerbarer Energien. Interessant war vor allem die Aussage, es reiche nicht, dass die Vergütung für Solarstrom bereits kräftig reduziert worden sei. Es geht der FDP also nicht um zu



hohe Kosten für Solarstrom, sonst könnte man diese ja über eine Absenkung der Einspeisevergütung auf ein für Rösler und Brüderle genehmes Niveau senken. Es geht vielmehr ums Prinzip: Der Zubau von Solarstromanlagen an sich soll gestoppt werden. Das Moratorium begründen die beiden Spitzenpolitiker mit fehlenden Stromnetzen und fehlenden Speichern – ein Argument, das einer wissenschaftlichen Überprüfung nicht standhält, wie Berechnungen des Aachener Beratungsunternehmens Consentec und des Fraunhofer IWES im Auftrag der Agora Energiewende ergeben haben (PHOTON 4-2013).

Die Agora-Studie mag zwar nur in Fachkreisen bekannt sein, dass die FDP wirklich eine Energiewende will, glaubt ihr aber ohnehin niemand. In einer Um-

frage des Meinungsforschungsinstituts »YouGov« vom Mai dieses Jahres trauen gerade einmal zwei Prozent der Teilnehmer der FDP die größte Kompetenz bei der Bewältigung der Energiewende zu. Bündnis 90/Die Grünen lagen mit 24 Prozent an der Spitze, dicht gefolgt von der CDU/CSU mit 22 Prozent. Die SPD lag mit elf Prozent im Mittelfeld.

In der vom Ökostromanbieter Lichtblick bezahlten Studie wurde auch gefragt, welche Rolle die Energiepolitik für die Wahlentscheidung spielt. Ergebnis: Für 29 Prozent der rund 1.000 Befragten spielt das Thema eine »sehr große« oder »große« Rolle. Weitere 39 Prozent gaben eine »teilweise Beeinflussung« an. Im Umkehrschluss heißt das aber auch: Einem Drittel der Wähler ist die Energiewende ziemlich egal.

### Große Übereinstimmung bei Union und SPD

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) wurde zwar von einer rot-grünen Koalition geschaffen und unter der nachfolgenden Großen Koalition in seiner Substanz nicht in Frage gestellt. Doch der wesentliche Garant für Unantastbarkeit des EEG war innerhalb der SPD der inzwischen verstorbene Umweltpolitiker Hermann Scheer. Heute setzt sich in der SPD vor allem der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Ulrich Kelber für den Erhalt des EEG ein. Kelber hat aber für seine Ideen, wie ein neues Wälzungsmodell für EEG-Strom aussehen könnte, kaum Unterstützung innerhalb seiner Partei. Auf der Landesliste der nordrhein-westfälischen SPD steht er weit hinten auf Platz 56, wird also vermutlich nur im neuen Bundestag vertreten sein, wenn er sein Direktmandat holt.

So verwundert es auch nicht, dass es beim Thema Energiewende große Übereinstimmungen zwischen den Wahlprogrammen von SPD und CDU gibt. Beide wollen an der teuren Offshore-Windkraft festhalten, eine Technologie, die vor allem in den Händen der großen Energiekonzerne liegt. Beide wollen weiterhin den Neubau konventioneller Kraftwerke. Und beiden ist das Zubautempo bei Windkraft an Land sowie bei Photovoltaik deutlich zu hoch. Bei der CDU/CSU liest sich das so: »Nach der rasanten Entwicklung in den letzten Jahren ist es wichtig, die nächsten Schritte eng mit dem beschleunigten Ausbau der Stromnetze und den anderen Energieträgern zu verzahnen.« Bei der SPD steht: »Der Ausbau der Netze hält nicht Schritt mit dem Ausbau regenerativer Energien. Bislang erfolgt der Ausbau der Erneuerbaren ungesteuert und ohne Rücksicht auf die Verfügbarkeit und Leis-

### Kandidatencheck zur Bundestagswahl

Bei der Wahl zum Deutschen Bundestag gibt man nicht nur einer Partei eine Stimme, sondern auch einem lokalen Kandidaten. Die Wahlprogramme der Parteien sind bekannt und werden in diesem Heft in Bezug auf den Stromsektor analysiert (ab Seite 12). Das sagt aber noch nichts darüber aus, was einzelne Kandidaten denken. Und da deren Verhalten in Abstimmungen und in Ausschüssen mindestens ebenso wichtig ist wie das Parteiprogramm, sollte man als Wähler genau überlegen, wem man seine Stimme gibt. Sonst kann es einem passieren, dass man eine Partei wählt, die aus der

Kohleverstromung aussteigen will, der Parteikandidat vor Ort sich aber durchaus für eine weitere Kohleverstromung einsetzt. Derartiges kann einem bei fast allen Parteien passieren. Der Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND) hat sich die Mühe gemacht und alle Bundestagskandidaten nach ihrer Meinung zu einzelnen Punkten im Zusammenhang mit der Energiewende befragt. So kann man sich ein besseres Bild von den zur Wahl infrage kommenden Kandidaten machen. *pvw*

**www.bund.net (Pfad: Themen und Projekte → Bundestagswahl → KandidatInnencheck)**

tungsfähigkeit der Netzinfrastruktur.« Den bisherigen schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien bezeichnet die SPD gar als »Fehlsteuerung«. Im Detail gibt es zwar Unterschiede – so will die SPD beispielsweise am uneingeschränkten Einspeisevorrang für Strom aus erneuerbaren Energien festhalten, den die CDU/CSU abschaffen will (siehe Tabelle).

Letztlich ist das aber nur etwas Kosmetik im SPD-Programm. Eine Energiewende, die eine zügige Umstellung von fossil-nuklearer Erzeugung auf rein erneuerbare Energiequellen verfolgt, wollen die Sozialdemokraten ausweislich ihres Wahlprogramms nicht. Man setzt auf »Kohle- und Gaskraftwerke als Brückentechnologie«, und zwar »solange wir sie brauchen«. Insbesondere der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel ist eher Kohlekumpel als Solarfreund: »Es ist schlauer, dort in die Sonnenenergie zu investieren, wo die Sonne auch wirklich scheint«, sagte er dem »Hamburger Abendblatt«.

### Grüne sagen, was sie wollen

Wirklich ernst meinen es nach gründlicher Analyse der Wahlprogramme wohl nur zwei Parteien: Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen. Wobei die Grünen ihre Vorstellungen deutlich ausführlicher darlegen und der Linken auch bei der Formulierung von Zielen voraus sind. So will Bündnis 90/Die Grünen bis zum Jahr 2030 eine regenerative Vollversorgung im Stromsektor. Die Linke will das letzte Kohlekraftwerk erst im Jahr 2040 abschalten.

Auffallend am Wahlprogramm der Grünen ist auch, dass das EEG nicht mehr als Instrument zur Markteinführung für erneuerbare Energien gesehen wird, sondern als neues Strommarktdesign. Vor allem soll der Ausbau der Erneuerbaren nicht vom Netzausbau abhängig gemacht werden. Das Wahlprogramm enthält präzise Informationen, wie die Grünen die Energiewende umsetzen wollen. Schwammige Formulierungen, wie sie vor allem in den Programmen von CDU/CSU und SPD vorkommen, fehlen. Wo diese wolkige Floskeln verbreiten (Energiewende »entschlossen zügig« voranbringen, »Energiewende zum Erfolg führen«), gibt es bei den Grünen Klartext: »Wir wollen die Investitionssicherheit durch den Einspeise- und Anschlussvorrang sowie das Prinzip der Einspeisevergütung erhalten, das EEG aber von kostentreibenden Sonderregelungen befreien und die Lasten fair zwischen allen Stromverbrauchern aufteilen.«

Über die Details zur Umsetzung dieser Ziele ließe sich noch streiten. Aber es sind immerhin Ziele erkennbar und zwar solche, die den erneuerbaren Energien zugeute kämen. Aus den Programmen von Union und SPD lässt sich hingegen eher die Befürchtung begründen, dass der Begriff »Energiewende« nach der Wahl eine ganz neue Bedeutung bekommt.

Philippe Welter, Anne Kreutzmann

### Energiepolitische Positionen der Parteien zur Bundestagswahl 2013

	Union	SPD	Grüne	FDP	Linke	Piraten	AfD
festе Einspeisevergütung nach Technologie, Baujahr und Größe, finanziert über den Strompreis	●	●	●	●	●	●	●
uneingeschränkter Einspeisevorrang für erneuerbare Stromquellen	●	●	●	●	●	●	●
Kohleausstieg bis 2030	●	●	●	●	● bis 2040	●	●
regenerative Vollversorgung beim Strom bis 2030	●	●	●	●	●	●	●
mehr als 35 Prozent Regenerativstrom bis 2020	●	●	●	●	●	●	●
mehr als 20 Prozent Kraft-Wärme-Kopplung bis 2020	●	●	●	●	●	●	●
deutliche Entlastung der EEG-Umlage von Industrieprivilegien	●	●	●	●	●	●	●
Frackingverbot	●	●	●	●	●	●	●

● ja ● nein ● keine Angabe

Quelle: Wahlprogramme der Parteien

## Das Wahlprogramm der CDU/CSU

Das Wahlprogramm der Union aus CDU und CSU trägt in prophetischer Vorwegnahme des Wählerwillens den Titel »Regierungsprogramm«. Als wäre die Wahl nur noch eine Formalie und nicht der Höhepunkt eines jeden demokratischen Prozesses.

Wer nachlesen möchte, was die erneuerbaren Energien nach der Wahl erwartet, sollten CDU und CSU an der nächsten Bundesregierung beteiligt sein, wird ab Seite 43 fündig. Auf gut vier Seiten (von insgesamt 127) legt die Union ihre Vorhaben dar.

Auffällig ist gleich am Anfang die Gewichtung der drei grundlegenden Eigenschaften der zukünftigen Energieversorgung. »Sichere, bezahlbare und saubere Energie« will die Union. Nach der Logik, dass das Wichtigste zuerst kommt, spielt die Umweltverträglichkeit unserer Energieversorgung eine eher geringe Rolle. Dass eine unterbrechungsfreie Energieversorgung an erster Stelle kommt (»sichere«), mag auch ein ökologisch denkender Mensch so unterschreiben. Dass dann aber der Aspekt der Kosten bei der Union über dem Klimaschutz steht, wird auch im Folgenden immer deutlich herausgestellt. Zwar fallen zu Beginn des Kapitels noch einige wohlwollende Worte zur Energiewende, die man »entschlossen, zügig« voranbringen wolle. Aber eben auch »mit Augenmaß«. Und das bedeutet nach Umweltminister Peter Altmaier (CDU) vor allem langsamer als bisher.

Wenn es konkret wird, erhalten vor allem die etablierten Stromkonzerne eine Rückenstärkung von der Union. So brauche der Umbau der Energieversorgung stabile und verlässliche Bedingungen. »Planungssicherheit ist die Grundlage für Investitionen in den Bau neuer Windparks auf hoher See oder für moderne Kraftwerke.« Offshore-Windkraft oder fossile Kraftwerke sind aber die Domäne der großen Energiekonzerne.

Die Torpedierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) durch ausufernde Ausnahmeregelungen für die Industrie bei der Bezahlung

der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien soll anscheinend ungebremst weiterlaufen. So betonen die Unionsparteien, auch zukünftig Unternehmen entlasten zu wollen. Kein Wort dazu, dass diese Unternehmen in Zukunft vielleicht zumindest um den Betrag zur Finanzierung des gelieferten Ökostroms herangezogen werden, um den sie aufgrund gesunkener Industriestrompreise durch das EEG entlastet wurden. Betont wird dabei, dass bezahlbare Energie für die energieintensive Industrie im internationalen Wettbewerb besonders wichtig

### »Nach der rasanten Entwicklung in den letzten Jahren ist es wichtig, die nächsten Schritte eng mit dem beschleunigten Ausbau der Stromnetze und den anderen Energieträgern zu verzahnen«

sei. Aber es ist keine Rede davon, die EEG-Befreiungen auf genau diese Betriebe zu beschränken. Somit dürfte es bei der ausufernden Befreiung bleiben, sollte die Union wieder an die Regierung kommen.

Der weitere Ausbau der Erneuerbaren soll in Zukunft dem Netzausbau und dem Umbau der konventionellen Kraftwerke nachlaufen. Dieses Ausbremsen des Ausbaus der Erneuerbaren wird im Wahlprogramm so umschrieben:

»Nach der rasanten Entwicklung in den letzten Jahren ist es wichtig, die nächsten Schritte eng mit dem beschleunigten Ausbau der Stromnetze und den anderen Energieträgern zu verzahnen (...).« Dabei war der Zubau bei genauer Betrachtung in den vergangenen Jahren gar nicht so rasant, wie immer behauptet wird. Rund 22 Prozent wird der Anteil der Erneuerbaren in diesem Jahr am deutschen Stromverbrauch betragen (134 Terawattstunden). Mindestens 35 Prozent sollen es nach dem Willen der aktuellen Regierung bis 2020 werden (210 Terawattstunden). Das sind mindestens noch 13 Prozentpunkte (76 Terawatt-

stunden) in gerade mal sieben Jahren. Angesichts des stockenden Ausbaus der Offshore-Windkraft und der Schwäche beim Ausbau des Biomassestroms ist das Ziel nur mit einer unverminderten Geschwindigkeit bei Onshore-Wind und Photovoltaik zu erreichen. Dabei ist vor allem hinsichtlich der Photovoltaik zu bedenken, dass ein immer größerer Teil des aus neuen Anlagen produzierten Stroms gar nicht mehr im Stromsektor auftaucht. Stattdessen ersetzt ein erheblicher Teil dieses Stroms aus neuen Solarstromanlagen fossile Brennstoffe bei der Warmwasserbereitstellung und beim Heizungsbetrieb. Das ist unbedingt zu begrüßen, aber dieser Teil des Solarstroms fehlt bei der Erreichung des 35-Prozent-Ziels.

Dann betont die Union noch, davon Abstand zu nehmen, rückwirkende Änderungen am EEG vorzunehmen. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit für eine Partei, die von sich behauptet, das Grundgesetz zu achten.

In Bezug auf das zukünftige Stromsystem und einer möglichen Novelle des EEG ist das Wahlprogramm sehr nebulös formuliert. Konkrete Vorschläge sucht man vergebens. Es wird lediglich ausgeführt, es müsse »jetzt darum gehen, wettbewerbsfähige Preise für erneuerbare Energien zu erreichen, damit sie sich ohne staatliche Hilfen am Markt behaupten können«. Dabei übersieht die Union die jüngsten wirtschaftswissenschaftlichen Erkenntnisse, dass es höchstwahrscheinlich unmöglich ist, diesen Zustand jemals zu erreichen. Denn gleich, wie tief die Erzeugungskosten neuer Windkraft- oder Solaranlagen fallen werden, die Preise am Strommarkt heutiger Prägung (Energy-only-Markt, auf dem nur die erzeugte Energie gehandelt wird, die Bereitstellung von Erzeugungskapazitäten aber unberücksichtigt bleibt) werden niedriger sein, auch wenn die CO<sub>2</sub>-Zertifikatspreise in ungeahnte Höhen schossen.

Interessanterweise hat die Union dieses Problem hingegen für die fossil-atomaren Kraftwerke sehr wohl erkannt.

Bezüglich des Neubaus von Kohle- und Gaskraftwerken erklärt sie, »den Bau neuer, effizienter Kraftwerke beschleunigen« zu wollen: »Dafür wollen wir für Investoren stabile und verlässliche Bedingungen schaffen, damit der Betrieb solcher Reservekapazitäten wirtschaftlich ist.

Durch den Einsatz modernster Technologien kann auch die heimische Braunkohle eine wichtige Rolle spielen.«

Auf gut Deutsch: Für fossile Kraftwerke soll es einen staatlich regulierten Kapazitätsmarkt geben. Erneuerbare sollen hingegen zukünftig ohne staatliche Regulierung klarkommen.

Was die Netzentwicklung angeht, hält die Union am groß angelegten Ausbau der Nord-Süd-Trassen fest. Auch hier hinkt sie hinter den aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen her.

Aktuelle Studien (PHOTON 4-2013) zeigen: Hinsichtlich der Kosten ist es egal, ob alle Anlagen an den besten Standorten stehen und dafür dann teure Netze gebraucht werden oder ob die Anlagen nahe beim Verbraucher stehen und dann zwar etwas teureren Regenerativstrom produzieren, dafür aber weniger Geld für Netze ausgegeben werden muss.

## »Durch den Einsatz modernster Technologien kann auch die heimische Braunkohle eine wichtige Rolle spielen«

er kostengünstig angeboten wird.« Tatsache ist aber, dass die Union auch diesbezüglich in den vergangenen acht Jahren keine relevante Gesetzesänderung herbeigeführt hat, damit es zu Strompreisen kommt, die je nach angebotener Leistung variieren.

Im Verteilnetz soll das »Smart Grid« (»intelligentes Stromnetz«) endlich Einzug halten. Man fragt sich, warum die Union das nicht schon in den letzten acht Jahren ihrer Regierungsbeteiligung forciert hat und wie glaubhaft daher die jetzige neuerliche Ankündigung ist.

Dass diese Technologie grundsätzlich dazu geeignet ist, dem Verbraucher zu signalisieren, wenn viel Strom aus erneuerbaren Energien vorhanden ist, ist richtig. Richtig ist auch, dass es für die weitere Durchdringung der Stromversorgung mit Regenerativstrom wichtig ist, dass der Kunde den Strom vor allem dann verbraucht, wenn Ökostrom-Anlagen ihn wetterbedingt liefern. Dazu bedarf es aber eines ganz anderen Preismodells als

heute, wo Strom bis auf wenige Ausnahmen den ganzen Tag gleich viel kostet. Dazu steht im Wahlprogramm: »Für den Verbraucher wird der Strom dadurch billiger, weil er ihn dann verbraucht, wenn

Weiterhin führt die Union zum Smart Grid aus: »Zugleich werden die Netze gleichmäßiger ausgelastet und sind damit stabiler und weniger ausfallgefährdet.« Nun ist unklar, warum Laständerungen auf einer Stromleitung zu deren Ausfall führen sollen. Solange der Maximalstrom nicht überschritten wird, kommt das eigentlich nicht vor. Auch die Annahme, ein Smart Grid führe zu einer gleichmäßigeren Auslastung der Netze, ist eher unwahrscheinlich: Gerade dann, wenn das Smart Grid dazu anregt, dass Strom vor allem zu den Zeiten verbraucht wird, zu denen er wetterbedingt produziert wird, wird das eher zu größeren Leistungsänderungen in den Netzen führen als zu weniger. Dieses Thema hat die Union also offensichtlich noch nicht durchdacht. *pw*

Gemeinsam erfolgreich  
für Deutschland.

Regierungsprogramm 2013 – 2017



CDU/CSU-Bundesregierung



### PRESS-IN CONNECTION



SUITABLE FOR AUTOMATIC  
ASSEMBLY FOR SOLAR PANEL



ZHEJIANG ZHONGHUAN SUNTER PV TECHNOLOGY CO.,LTD  
ADD: Xinpu Town Industrial Zone, Cixi City,  
Zhejiang, 315322, China  
TEL: +86-574-63775888  
FAX: +86-574-63779999  
WEB: <http://www.pvzh.com>  
E-mail: [pvzh@163.com](mailto:pvzh@163.com)  
[chur@pvzh.com](mailto:chur@pvzh.com)



## Das Wahlprogramm der SPD

In Sachen Siegesicherheit will die SPD der Union offenbar in nichts nachstehen: Auch sie nennt ihr Wahlprogramm schon mal »Regierungsprogramm«. Aber vor das Regieren hat der Souverän bekanntlich die gewonnene Wahl gestellt. Um dieses Ziel zu erreichen, will die SPD auch im Themenfeld Energiewende punkten. Sieben Seiten ihres 120-seitigen Programms widmet sie speziell diesem Thema.

Freunde der erneuerbaren Energien dürften bei der Überschrift noch nicht ins Schwärmen geraten: »Sichere und bezahlbare Energie – Energiewende zum Erfolg führen« steht dort. Das Wort Umweltschutz fehlt. Das wird zwar gleich im Intro nachgeholt, wo klargestellt wird, dass eine gelungene Energiewende in Deutschland den Schwellenländern eine Blaupause sein kann, die dem Klimaschutz weltweit zum Durchbruch verhelfen kann. In der Frage der Umsetzung gibt das Programm aber ein eher durchwachsenes Bild ab. Das beginnt schon bei der ersten Schwerpunktsetzung: »Dazu ist der Ausbau der Offshore-Windenergie auch vor der Ostseeküste unverzichtbar. Nur in Windparks auf See können auf regenerativer Basis große Strommengen produziert werden. Wir setzen aber ebenso (noch) auf konventionelle Energieerzeuger, wie Kohle- und Gaskraftwerke,

als Brückentechnologie, solange wir sie brauchen.« Das setzt sich bei der Zielsetzung fort: Nach der Anmahnung einer besseren politischen Koordinierung der Energiewende wird als Nächstes deren Bezahlbarkeit gefordert. Die ausufernden Industrierabatte werden jedoch nicht angegangen. Diese sollen im Gegenteil weitgehend unangetastet bleiben. Stattdessen soll die Stromsteuer gesenkt werden.

Angesichts der Tatsache, dass die Stromsteuer die ihr ursprünglich zugeordnete Aufgabe, durch Internalisierung

### »Deshalb muss das EEG so ausgerichtet werden, dass eine Fehlsteuerung zukünftig ausgeschlossen ist«

externer Kosten den Strom teurer zu machen, um Anreize zum Sparen zu setzen, mit der Integration der Erneuerbaren jetzt übererfüllt, ist das nachvollziehbar und wird im Prinzip auch von anderen Parteien in unterschiedlichem Maße mitgetragen. Ob das angesichts der immer weiter um sich greifenden Befreiung von der EEG-Umlage und dem Drang zur fossilen Eigenstromerzeugung in der Industrie allein genügt, bleibt fraglich.

Zumindest bei den mittelfristigen Zielen ist die SPD dann aber ambitionierter als die amtierende Regierung. Bis zum Jahr 2020 will man 40 bis 45 Prozent Regenerativstromanteil erreichen. Die Regierung hat aus ihrer Zieldefinition das Wort »Mindestziel« schon vor Längerem durch »Ziel« ersetzt und peilt nur 35 Prozent an. Auch in der Kraft-Wärme-Kopplung liegt man mit einem Ziel von 25 Prozent vor der Regierung, die nur 20 Prozent anstrebt.

Wie die Regierung bemängelt auch die SPD das Nebeneinander der 16 Energiekonzepte der Länder und das des Bundes. Anders als die Union sieht die SPD hier ein Energieministerium auf Bundesebene als erforderlich an. In diesem sollen die bisher neben dem Wirtschafts- und

dem Umweltministerium noch in einer Anzahl von weiteren Ministerien angesiedelten Teilkompetenzen in der Energiewendefrage gebündelt werden. Das neu zu schaffende Ministerium soll auch die europäische Komponente bearbeiten. Auch soll dort der »Deutsche Energie-Rat« angesiedelt werden, der eine kontinuierliche Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen Bund, Ländern, Kommunen einerseits und der Wirtschaft, der Wissenschaft, den Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft andererseits sicherstellen soll.

Parallel zur Zusammenlegung der wesentlichen Kompetenzen in Energiefragen aus dem heutigen Wirtschafts- und dem heutigen Umweltministerium soll es auch im Bundestag eine derartige Konzentration geben. Ein »Bundestagsausschuss Energie« soll das Energiewendethema aus den beiden Ausschüssen »Wirtschaft« und »Umwelt« bündeln.

Ein in Konsultation mit den Akteuren der Energiewende erstellter »Masterplan Energiewende« soll alle wichtigen Aspekte zusammenführen und jährlich fortgeschrieben werden.

Als Großaufgabe nimmt man sich die Erstellung einer neuen Strommarktordnung vor. Dabei soll das System der Strompreisbildung unter den Prämissen der Versorgungssicherheit und der Bezahlbarkeit neu konzipiert werden.

Bezüglich des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) wollen die Sozialdemokraten eine grundlegende Reform, die »den Ausbau langfristig und berechenbar sichert, die konsequent die Kosten begrenzt und die Strompreise im Blick hat. Deshalb muss das EEG so ausgerichtet werden, dass eine Fehlsteuerung zukünftig ausgeschlossen ist.« Das ist schwammig genug, um Stirnrunzeln bei der Industrie im Bereich der erneuerbaren Energien hervorzurufen. Welche Fehlsteuerungen sind gemeint? Wo soll zukünftig wie viel gekürzt werden? Und werden feste Einspeisetarife unter einer SPD erhalten bleiben? Beim Einspeisevorrang ist man konkreter: Der soll erhalten bleiben. Aber für einen schnellen Ausbau



der erneuerbaren Energien ist das nur eine notwendige, keine hinreichende Bedingung. Dazu braucht es auch kostendeckende Einspeisetarife.

Bei Kapazitätsmärkten für fossile Kraftwerke ist die Partei vorsichtig: »Wir wollen die regionalen Probleme kurzfristig pragmatisch lösen und erst einmal Erfahrungen sammeln, bevor umfassende Kapazitätsmärkte für die Finanzierung von Kraftwerken geschaffen werden.«

Beim Netzausbau sieht man wie bei der Union einen Synchronisierungsbedarf bei Erneuerbare-Energien- und Netzausbau: »Der Ausbau der Netze hält nicht Schritt mit dem Ausbau regenerativer Energien. Bislang erfolgt der Ausbau der Erneuerbaren ungesteuert und ohne Rücksicht auf die Verfügbarkeit und Leistungsfähigkeit

der Netzinfrastruktur. Die Folge sind regionale Netzengpässe und Abregelungen von Erzeugungsanlagen, die volkswirtschaftlich ineffizient sind und das Risiko von Versorgungsengpässen erhöhen. Erforderlich ist eine Synchronisierung des Ausbaus der Erneuerbaren mit dem Ausbau der Netzinfrastruktur. Ein hohes Maß an Netzstabilität und Versorgungssicherheit ist dauerhaft nur gesichert, wenn die Netzintegration der erneuerbaren Energien in effizienter und systemoptimaler Weise gelingt.« Genau wie die Union ist auch die SPD hier nicht auf dem aktuellen Stand der Wissenschaft. Wie Studien gezeigt haben, ist das kurzzeitige Abregeln von Erneuerbare-Energien-Anlagen bei Netzengpässen nicht nur unproblematisch, sondern günstiger, als den Netzausbau so voranzutreiben, dass auch noch die letzte Kilowattstunde – koste es, was es wolle – abtransportiert werden kann. Kritiker des 100-Prozent-Netzausbaus werfen den Befürwortern dieser Strategie vor, entweder die statistischen

Daten nicht zu kennen oder aber in Wirklichkeit überdimensionierte Leitungen zu propagieren, damit auch der Kohlestrom ungehindert weiterfließen kann.

Andererseits traut die SPD den Übertragungsnetzbetreibern nicht mehr über den Weg. Sie schlägt deshalb vor, eine »Deutsche Netz-Gesellschaft« zu gründen, in der die vier Übertragungsnetze zusammengeführt werden. Der Staat soll sich an dieser AG beteiligen, indem er Investitionskapital für den »Anschluss von Offshore-Parks und anderen wichtigen

Großprojekten« bereitstellt. Fragt sich, was diese anderen wichtigen Großprojekte sind: fossile Kraftwerke?

Beim Thema Speicher hat die SPD nicht viel zu bieten: »Komplementär zum Netzausbau müssen Speichertechnologien

gefördert werden. Neue Speichertechnologien sollen mit Hochdruck entwickelt und im industriellen Maßstab erprobt werden, damit sie mittel- und langfristig zur Verfügung stehen.« Nach einer schnellen Markteinführung, die fossile Back-up-Kraftwerke überflüssig machen könnte, klingt das nicht. Sicherlich will man auch bei regelbaren Erneuerbare-Energien-Anlagen wie Biomasse nachhelfen, damit diese nicht mehr einfach durchfahren, sondern nur dann laufen, wenn Sonne und Wind nicht genug liefern. Und auch das Thema »Demand-Side-Management« wird angerissen, also die Möglichkeit, Lasten kurzfristig zu verlagern, damit die Nachfrage besser dem Angebot folgt.

Alles in allem fehlt dem Programm aber das Konkrete. Selbst der ein oder andere tiefe Einschnitt bei den Erneuerbaren ist nicht ausgeschlossen. Auch in der SPD scheint man sich noch nicht darüber im Klaren zu sein, wie denn nun genau das neue Stromsystem aussehen soll. *pw*

## »Erforderlich ist eine Synchronisierung des Ausbaus der Erneuerbaren mit dem Ausbau der Netzinfrastruktur«

**AmbiVolt**  
Montagesysteme

Schrägdachsystem  
AmbiMini



Jetzt auch Systeme für alle Schrägdächer  
Solide – Einfach – Günstig

Flachdachsystem  
AmbiLight Eco Plus



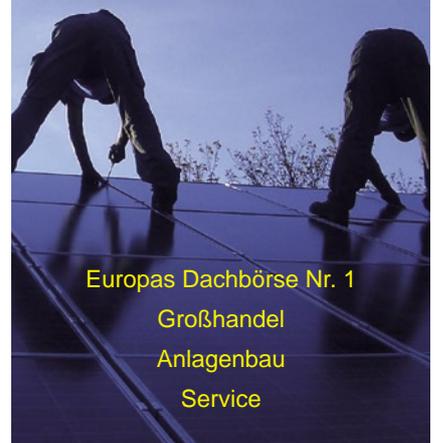
AmbiVolt Energietechnik GmbH  
+49 89 15927805  
E-Mail: anfrage@ambivolt.com

**AmbiVolt**  
www.ambivolt.com

Alpensolar Unternehmensgruppe

**WELTNEUHEIT**

Fehlermanagement für Solaranlagen  
Hardware unabhängige Überwachung  
**Alpensolar Service-Portal**



Europas Dachbörse Nr. 1  
Großhandel  
Anlagenbau  
Service

  
www. **Alpensolar**.de

**WINDCUTTER®**  
**OST-WEST**  
 FLACHDACH-MONTAGESYSTEM

**NEU**

**SONNENZEIT gmbh**  
 33397 Rietberg  
 Tel.: 05244 70005-0  
 www.sonnenzeit-pv.de



2013

Solar Panel Supplier



**Zhong-Jing**

OEM Manufacturing

Welcome to visit us:  
 Intersolar North America  
 Booth No.: 7636 in San Francisco, USA for  
 July 9-11th, 2013  
 Intersolar Europe  
 Booth No.: A2.533 in Munich, Germany for  
 June 19-21, 2013

**Zhong Jing Solar Co., Ltd.**  
 Tel: +86-762-2285545 Fax: +86-762-2235035  
 Website: www.solarfennel.com  
 Email: sales01@solarfennel.com

## Das Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen

Bei einem grünen Wahlprogramm erwartet man zum Thema Energie und Ökologie die weitreichendsten Ambitionen. Und man wird nicht enttäuscht. Auf 19 Seiten, mehr als bei jeder anderen Partei, wird die Energiezukunft beschrieben, wie die Grünen sie realisiert sehen wollen. Es ist die stringenteste Programmatik pro Erneuerbare aller Parteien.

Überschrieben ist das Kapitel im Wahlprogramm mit der Schlagzeile »100 Prozent sichere Energie«. Das könnte auch bei der FDP so stehen, nur wäre dann etwas anderes gemeint. Die Grünen verstehen unter »sicher« eine vielschichtige Sicherheit. Natürlich auch Versorgungssicherheit. Auch die Grünen wollen, dass zu jeder Sekunde ausreichend Strom zur Verfügung steht. Aber die Grünen wollen den Begriff Sicherheit weiter gefasst sehen. Es bedeutet bei ihnen auch Sicherheit vor Nuklearkatastrophen, indem man die Reaktoren so schnell wie möglich abschaltet. Es bedeutet aber auch Sicherheit in der Brennstoffversorgung: Öl und Kohle, die nicht importiert werden müssen, können auch nicht knapp werden oder im Preis steigen.

Im Strombereich steht bei den Grünen das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im Zentrum. Anders als bei anderen Parteien wird das EEG nicht zum Markteinführungsprogramm abgewertet, das nun seinen Zweck erfüllt habe und ersetzt oder »grundlegend« überarbeitet werden müsse. Vielmehr soll das EEG auch in Zukunft eine zentrale Rolle spielen. Die diesbezüglichen Ausführungen sind erfrischend klar und nicht nebulös wie in anderen Wahlprogrammen: »Das EEG hat einen intensiven globalen Wettbewerb bei den Anlagenherstellern ausgelöst, die Erzeugungskosten für Solarstrom um 80 Prozent gesenkt und den Stromertrag von Windkraftanlagen enorm erhöht. Wir wollen die Investitionssicherheit durch den Einspeise- und Anschlussvorrang sowie das Prinzip der Einspeisevergütung erhalten, das EEG aber von kostentreibenden Sonderregelungen befreien und die Lasten fair zwischen allen Stromverbrauchern aufteilen. Darüber hinaus

wollen wir die Stellschrauben im EEG neu justieren, um den Ökostrom-Ausbau kosteneffizient weiter voranzubringen und Anreize zur bedarfsgerechten Erzeugung, etwa bei der Biomasse, zu setzen. Da die EEG-Umlage viel höhere Kosten ausweist als die tatsächlichen Mehrkosten des EEG, wollen wir, dass sie zukünftig ehrlich ist, und werden sie sachgerecht umgestalten.«

Damit gehen die Grünen weiter als Union und SPD. Insbesondere soll der Ausbau der erneuerbaren Energien nicht an Fortschritte beim Netzausbau gekoppelt werden. Das ist auch sachgerecht, denn wie Studien jüngst gezeigt haben (etwa die Consentec-Studie im Auftrag von Agora Energiewende; PHOTON 4-2013) muss keineswegs erst das Netz auf Maximalleistung ertüchtigt werden, bevor man mit dem Erneuerbare-Energien-Ausbau weitermacht. Im Gegenteil, man kann sogar Geld sparen, wenn man ein gewisses Maß an Abregelung akzeptiert. Und ein dem Erneuerbare-Energien-Ausbau nachlaufender Netzausbau hat zudem den Vorteil, dass keine Netze dort gebaut werden, wo dann später entgegen der ursprünglichen Planung doch keine Erneuerbare-Energien-Anlagen realisiert werden.

Atomkraft war für die Grünen von jeher eine zu beendende Stromer-

**ZEIT FÜR DEN GRÜNEN WANDEL**  
 TEILHABEN. EINMISCHEN. ZUKUNFT SCHAFFEN.

Bundestagswahlprogramm 2013  
 von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bündnis 90/Die Grünen Bundespräsidialrat

zeugungsform. Jetzt geht man noch einen Schritt weiter und will auch den Ausstieg aus der Kohleverstromung angehen: »Kohle hat keine Zukunft. Braun- und Steinkohle verursachen sehr hohe klimaschädliche CO<sub>2</sub>-Emissionen, der Braunkohletagebau ruiniert großflächig unsere Landschaften. Das weltweite Klimaproblem kriegen wir nur dann gelöst, wenn die Kohle da bleibt, wo sie ist: unter der Erde. Wir wollen das Bergrecht novellieren, um endlich umfassende demokratische Beteiligungs- und Klagemöglichkeiten herzustellen, Anwohner und Umwelt besser zu schützen und neuen Braunkohletagebau zu verhindern.« An anderer Stelle wird noch weiter präzisiert: »Das Gesetz wird den Ausstieg aus der Kohleverstromung organisieren und als verbindliches Ziel formulieren, die klimaschädlichen Treibhausgasemissionen in Deutschland bis 2020 um 40 Prozent, bis 2030 um 60 Prozent, bis 2040 um 80 Prozent und bis 2050 um 95 Prozent unter das Niveau von 1990 zu reduzieren.«

Bevor die Erneuerbaren zusammen mit Speichern die Stromversorgung zu 100 Prozent übernehmen können, soll nur noch Erdgas als Lückenbüßer dienen dürfen: »In sonnen- und windarmen Zeiten können bestehende Speicher und hoch effiziente Gaskraftwerke die Lücken ausfüllen. Schon heute müssen aber andere innovative Techniken ausgebaut werden wie beispielsweise Biomassekraftwerke, Lastmanagement, neue Speicher und Batterien, Verknüpfung mit dem Wärmesektor und Elektromobilität sowie längerfristig aus Wind- und Solarstrom erzeugtes Gas (»Power to Gas«). (...) Gaskraftwerke sollen als Übergangslösung zum Ausgleich von Schwankungen eingesetzt werden. Die verschiedenen Speichertechnologien können alle etwas dazu beitragen, die Schwankungen in der Erzeugung von Wind und Sonne an unterschiedlichen Stellen im Netz auszugleichen. Deshalb wollen wir sie fördern, parallel anwenden und in ein offenes Technologie-Wettrennen treten lassen.«

Bei der Verstromung von Erdgas sähe man dies am liebsten in Form der

Kraft-Wärme-Kopplung: »Wo immer möglich wollen wir Gas in Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) – also der gleichzeitigen Nutzung von Strom und Wärme – einsetzen und so den Anteil der KWK an der Stromerzeugung bis 2020 auf mindestens 25 Prozent steigern.« Damit deckt sich das KWK-Ziel der Grünen mit dem der SPD.

Bevor die notwendigen Speicherkapazitäten in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen, kann nach dem Willen der Grünen ein moderater Netzausbau hilfreich sein. Wobei die Grünen dabei weniger ganz neue Trassen im Auge haben als vielmehr die zahlreichen Ertüchtigungsoptionen für bestehende Netze: »Strom zu transportieren ist heute noch deutlich günstiger, als ihn zu speichern. Gerade der dezentrale Ausbau erneuerbarer Energien braucht den Stromnetzausbau. Dabei müssen Optimierungs- und Verstärkungsmaßnahmen ausgeschöpft werden und einem Ausbau vorausgehen. Wir stehen daher zu einem sinnvollen Netzausbau – auch wenn wir wissen, dass wir damit den Betroffenen vor Ort teilweise erhebliche Belastungen zumuten. Deshalb müssen alle Optimierungs- und Verstärkungsmaßnahmen in Verteil- und Übertragungsnetzen ausgeschöpft werden. Beim Netzausbau sind der Vorrang des EE-Stroms und eine Netzanschlussverpflichtung essenziell.«

Das nur noch Erdgas in der Übergangszeit vor der Vollversorgung mit erneuerbaren Energien eine Rolle spielen soll, kann man auch an anderer Stelle im Wahlprogramm erkennen, namentlich dort, wo es um die Raumwärme geht: »Wir wollen, dass ab 2015 keine neuen Ölheizungen mehr installiert werden.« Das ist eine weitreichende Forderung, aber immer noch nicht so weitgehend wie beispielsweise die Realität bei den Dänen schon heute. Die haben seit Anfang des Jahres bereits ein Verbot für Öl- und Gasheizungen in Neubauten.

Auch bei den Fristen zur vollständigen Umsetzung ist das Wahlprogramm der Grünen ungeschlagen. Im Strombereich soll der Umbau der Versorgung auf 100 Prozent Erneuerbare bis 2030 abgeschlossen sein. *pw*



## Der Anbieter

für hochwertige Solarmodule  
mit modernster Fertigungstechnik

EGING GLOBAL HEADQUARTERS

Telefon: +86 519 82588999

E-Mail: [market@egingpv.com](mailto:market@egingpv.com)

EGING PV EUROPE GMBH

Telefon: +49 69 6062792 0

E-Mail: [sales-europe@egingpv.com](mailto:sales-europe@egingpv.com)

EGING PV EUROPE PROJEKT & INVEST GMBH

Telefon: +49 69 6062792 0

E-Mail: [project@egingpv.com](mailto:project@egingpv.com)

SHANGHAI SALES OFFICE

Telefon: +86 21 32524209

E-Mail: [sales-shanghai@egingpv.com](mailto:sales-shanghai@egingpv.com)

## Das Wahlprogramm der FDP

Dafür, dass die FDP zuvorderst die Energiewende schlechtredet, ist zu diesem Thema im Wahlprogramm der Partei wenig zu lesen. Obwohl 104 Seiten lang, widmet sich keines der sieben Kapitel diesem Thema exklusiv. Als Unterpunkt im Kapitel »Wachstum« ist für die Liberalen auf dreieinhalb Seiten alles gesagt.

Schon im Inhaltsverzeichnis wird dem Wähler klargemacht, wohin bei der FDP in Sachen Energie in Zukunft die Reise gehen soll: »Impulsgeber für ein neues Zeitalter – bezahlbare und sichere Energie«, heißt es dort. Das Thema Umwelt kommt nicht einmal mehr dem Wort nach vor. Und so geht es auch ab Seite 15 weiter. Zunächst hält die FDP fest, dass in Zukunft der Zubau der erneuerbaren Energien gesteuert werden soll und dazu ein marktwirtschaftlicher Ansatz zu wählen sei. Dabei betont die FDP, dass für sie die Festlegung von Strompreisen (gemeint sind wohl die Einspeisevergütungen) durch die Politik kein Dauerzustand sein dürfe. Andererseits verlangt sie dann als ersten Punkt in der Aktionsauflistung, die Stromsteuer auf das von der EU vorgegebene Mindestmaß abzusenken, was praktisch einer Abschaffung gleichkäme. Das wäre dann aber ein direkter Eingriff in die Strompreise.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) soll dergestalt reformiert werden, dass feste Einspeisetarife abgeschafft werden. Stattdessen sollen zukünftig »zügig und planbar alle Anlagengrößen und Technologien zwingend von der festen Einspeisevergütung in die Direktvermarktung wechseln«. Wobei die bisherige Marktprämie im EEG abgeschafft werden und durch einen »Marktzuschlag« auf den Börsenpreis ersetzt werden soll. Dieser solle degressiv angelegt sein und nach Technologien, nicht aber nach Anlagengrößen unterscheiden. Wieso größere Anlagen, wie sie typischerweise von Energieversorgern gebaut werden, eine gleich hohe Vergütung

erhalten sollen wie kleinere Anlagen – und damit unnötige Profite einfahren –, bleibt offen. Auch die Frage, wie sichergestellt werden soll, dass sich ein Zubau angesichts langfristig gegen null tendierender Börsenstrompreise überhaupt noch einstellt, wird nicht geklärt. Zumal nach dem Willen der FDP auch die Degression noch wesentlich schneller als bisher verlaufen und zudem der atmende Deckel für alle Technologien eingeführt werden soll.

Sollten all diese Maßnahmen nicht genügen, um den Zubau abzuwürgen, wird über das alles noch ein »Mengenmodell« gestülpt, das verhindert, dass auch nur eine Anlage mehr als von der Regierung geplant ans Netz geht. Wie groß dieser verbleibende Zubau sein soll, wird nicht gesagt.

Die Liberalen wollen weg vom Modell der Regulierung der Höhe der Einspeisevergütung wie im bisherigen EEG. Den eigenen Worten nach will die Partei weniger Staat im zukünftigen

### »zügig und planbar alle Anlagengrößen und Technologien zwingend von der festen Einspeisevergütung in die Direktvermarktung wechseln«

gen Stromversorgungssystem. Sie legt dann aber nicht nur die Mindestvergütungen fest, sondern auch die Ausbaumengen. Statt einen Faktor staatlich zu regulieren, nämlich die Vergütung, will die FDP beide Faktoren – Vergütung und Menge – regulieren. Das ist nicht weniger, sondern mehr Staat in der Stromversorgung.

Auch die zweite Säule des EEG neben den festen Einspeisevergütungen ohne Zubaubegrenzungen, die vorrangige Einspeisung ins Netz und die Abnahmeverpflichtung durch die Netzbetreiber, will die FDP zu Fall bringen.



Zukünftig soll nach dem alleinigen Willen der Bundesnetzagentur bei instabilen Netzverhältnissen der Einspeisevorrang für neue Großanlagen per Beschluss außer Kraft gesetzt werden.

Ab wann eine Anlage als Großanlage gilt, verrät die FDP nicht. Eine Entschädigung der Anlagenbetreiber für das Versagen der Netzbetreiber ist nicht Bestandteil der FDP-Forderungen.

Die Betreiber fossiler und atomarer Kraftwerke hingegen sollen zusätzliches Geld erhalten. Dafür soll auf Bundesebene ein neues Förder- und Marktdesign geschaffen werden, das Kraftwerksbetreibern zusätzliche Zahlungen für

die Vorhaltung von Reservekraftwerken garantieren soll.

Zu guter Letzt will die FDP die alleinige Kontrolle über den Energiesektor erhalten, vorausgesetzt, sie schafft es in die nächste Regierung. Alle energiepolitischen und administrativen Aufgaben auf Bundesebene sollen dazu im traditionell von der FDP geführten Wirtschaftsministerium gebündelt werden. Das Umweltministerium wäre dann bei der entscheidenden umweltpolitischen Frage der Gegenwart, dem Klimaschutz, faktisch entmachtet. *pw*

## Das Wahlprogramm der Partei Die Linke

Mit 100 Seiten handelt es sich um eines der kompakteren Wahlprogramme. Und der Energieteil ist mit nur gut zwei Seiten sehr überschaubar.

Über allem, auch bei den Energiethemata, steht bei der Partei Die Linke das Thema, wem was gehören soll und wer worüber Kontrolle hat. So taucht das Energiethema nicht nur im knappen Energieteil auf, sondern gut verteilt im ganzen Wahlprogramm. Dann im Zusammenhang mit Fragen wie Stromsperrungen bei unbezahlten Rechnungen (die verboten werden sollen) oder kostenlosen Grundkontingenten an Strom, um einer möglichen Energiearmut zu begegnen.

Im Kern will Die Linke weg von Kohle, Atom und Öl und strebt eine rein regenerative Strom- und Energieversorgung an. Als Zwischenziel ist eine 50-prozentige Ökostromversorgung bis 2020 definiert. Die Netze sollten in öffentlicher Hand oder gleichwertigen privatwirtschaftlichen Strukturen sein. Strompreise sollen »dem Profitstreben entzogen«, also reguliert werden. Das EEG soll dabei eine zentrale Rolle spielen: »Um dies voranzutreiben, wollen wir das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) in seinen zentralen Säulen – vorrangige Einspeisung von Ökostrom, garan-

tierte, kostenorientierte Vergütungssätze – erhalten. Gleichzeitig wollen wir im EEG Anreize dafür schaffen, dass regenerative Erzeugungsanlagen stärker der Funktionsfähigkeit des gesamten Energiesystems dienen. Dringend erforderlich ist die Erstellung eines realistischen, an den Zielen Kosteneffizienz, Nachhaltigkeit, Flächeneffizienz und Landschaftsplanung orientierten Fahrplans für die Energiewende. Ein deutlich geringerer Netzausbau ist erforder-

lich, wenn eine dezentrale Energieversorgung, ein angemessener Ausbau der Speichersysteme und nicht länger die Profitinteressen der Kohlekraftwerksbetreiber berücksichtigt werden. Der Netzentwicklungsplan muss anhand dieser Kriterien überarbeitet werden. Wir werden uns weiterhin für den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien einsetzen. Jedoch überbaute Großprojekte der Energiekonzerne wie zum Beispiel die Offshore-Windparks in der Nordsee lehnen wir ab.«

Beim Ausstieg aus der Kohleverstromung traut die Partei dem Emissionshandel offenbar nicht mehr allzu viel zu. Deshalb soll nun ein Kohleausstiegsgesetz das leisten, was Preise auf CO<sub>2</sub>-Emissionen nicht erreicht haben. Dazu soll der Neubau von Kohlekraftwerken ebenso verboten werden wie der Neuaufschluss von Braunkohletagebauen. Für die bestehenden Kohlekraftwerke sollen Restlaufzeiten festgelegt werden. Spätestens 2040 soll das letzte Kohlekraftwerk abgeschaltet werden.

Die Stromkunden sollen von unnötig hohen Belastungen befreit werden, indem die Rabatte bei EEG-Umlage, Netzentgelten, Stromsteuer und Emissionshandel, sofern »unberechtigt«, zurückgefahren werden. pw



Fraktion DIE LINKE im Bundestag

## Mit voller Kraft ins Netz

PV-Wechselrichter mit höchster Effizienz, entwickelt und gebaut auf der Grundlage jahrzehntelanger Erfahrung. In der Ausführung Compact Outdoor prädestiniert für große Hallendachanlagen. RPS 450 Outdoor: Ab 30 kWp in kompletter Compact-Ausführung oder ab 220 kWp trafoles und modular. Für jeden Fall die passende Lösung. Eben mit höchster Effizienz.

[www.bonfiglioli.com](http://www.bonfiglioli.com)

 **Bonfiglioli**  
power, control and green solutions

BONFIGLIOLI VECTRON GmbH  
Europark Fichtenhain B6  
47807 Krefeld  
Tel.: +49 (0)2151 8396 0  
E-Mail: [info@vectron.net](mailto:info@vectron.net)

